

## Haushaltsrede Dezember 2010

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

### Wirtschaft und Soziales

Besonders stolz ist man auf den wirtschaftlichen Erfolg in Regensburg. OB Schaidinger wird nicht müde, seine Verdienste um die sprudelnden Gewerbesteuerereinnahmen hervorzukehren. Auch wir finden es bemerkenswert, wie weit der Einfluss des OB offensichtlich reicht. Überredet er doch die Chinesen, so viele Waren aus Regensburg zu importieren, dass wir mit der Arbeit gar nicht nach kommen. Dass die Einnahmen sprudeln ist eine erfreuliche Nachricht, aber festzustellen, dass es Regensburg gut geht, ist eine sehr einseitige Sicht der Dinge.

Bei der Armutskonferenz konnte man die Kehrseite der Medaille erfahren können. Leider glänzte die SPD durch Abwesenheit und der von der CSU geschickte Herr Troidl wurde nicht müde klarzustellen, dass er hier nicht für die CSU auftritt. Von der FDP wollen wir in diesem Zusammenhang nicht sprechen, denn da hier keine Hoteliers, Banker, Versicherer und andere, angeblich so wichtigen Leistungsträger anwesend waren, konnte auch mit ihrem Erscheinen nicht gerechnet werden. Das Rote Kreuz, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Tafel, Caritas und die Sozialen Initiativen berichteten, dass die Armut stetig zunimmt. Die Armut in der Boomtown Regensburg nimmt zu in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, der von allen so hervorgekehrt wird. Wenn also der wirtschaftliche Erfolg in Regensburg nicht mehr den Menschen - und wir meinen eben allen Menschen in Regensburg – zugute kommt, sondern nur mehr der weiteren Förderung der Wirtschaft, sozusagen in einem sich selbst reproduzierenden Kreislauf mündet, dann muss man sich die Frage nach dem Sinn des Handelns stellen. Die Menschen in Regensburg sind immer sofort betroffen, wenn es gilt wirtschaftliche Misserfolge – die in der Regel auf Entscheidungsfehler der angeblichen Elite zurück zu führen sind- auszugleichen, aber wenn es in wirtschaftlich erfolgreicher Jahren ans Verteilen geht, ist gerade der von der Armut am stärksten Betroffene nicht beteiligt.

Wie das Bayrische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung am 10. Dezember mitteilte, nahm die Gewerbesteuer um 6,4 Prozent auf 4 052,1 Millionen Euro zu. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gingen dagegen um 114,2 Millionen Euro bzw. 4,4 Prozent auf 2 461,4 Millionen Euro zurück. Dass die Unterschiede in Regensburg nicht ganz so gravierend sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer mehr Beschäftigte immer weniger verdienen. Der Niedriglohnsektor weitet sich aus und immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Der Anteil derer, die trotz Vollzeitbeschäftigung noch Unterstützung brauchen, wird größer, was bei den Kommunen zu zusätzlichen Ausgaben führt. Das ist nichts anderes als die Subventionierung von Arbeitsplätzen mit Geldern der Kommune, die für anderes besser angelegt wären. z.B. für ein Sozialticket.

Ein Sozialticket ist eines dieser Dinge, die aus sozialer Sicht dringend gebraucht werden. Immer mehr Menschen können durch Immobilität nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sozialbürgermeister Wolbergs hat nach der Veranstaltung zu den Nachtwanderern bedauert, dass viele die Gelegenheit zur Information nicht wahrgenommen

haben. Im Brandlbräu gab es eine Veranstaltung zum Sozialticket, bei der es darum ging, das Thema zu vertiefen und die vorhandenen Informationen zu bündeln. Anwesend war unter anderem die Sprecherin für ein Sozialticket aus Leipzig, die Erfahrungen aus dem ganzen Bundesgebiet gesammelt hat und sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Das, Herr Bürgermeister Wolbergs, wäre eine Möglichkeit gewesen, sich zu informieren, die Sie leider nicht wahrgenommen haben.

Die EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die als Hauptziele u. a. die garantierte Transparenz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personenverkehrs nennt, präzisiert ihre Qualitätsstandards. Hier heißt es, dass soziale, umweltpolitische und raumplanerische Faktoren berücksichtigt werden müssen. Herausragend ist, dass als Qualitätsziel „das Angebot spezieller Tarifbedingungen zugunsten bestimmter Gruppen von Reisenden“ benannt wird. Als Beispielgruppe werden Rentner angeführt. Diese Ausführung lässt den Schluss zu, dass der Begriff „bestimmte Gruppen“ ebenso Hartz-IV-Empfänger, Sozialhilfeempfänger, Geringverdienende etc. (Anspruchsgruppen nach Sozialgesetzbuch II und XII – SGB II und SGB XII) umfassen kann, die dann in den Genuss „spezieller Tarifbedingungen“ kommen.

Auch wenn die für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zuständigen Behörden gemäß dem Subsidiaritätsprinzip frei sind, soziale Kriterien und Qualitätskriterien festzulegen, halten wir es für geboten, diesen Vorschlägen zu folgen und die unsolidarische Ausgrenzung zu beenden.

### **Städtische Firmen**

Selbst den Autoren des neoliberalen Europäischen Einigungsvertrages gingen diese unkontrollierten Machenschaften in den privatrechtlichen Firmen im Besitz der Kommunen zu weit und es werden nun, nach langem Zögern die Gesellschaftsverträge angepasst- in diesem Zusammenhang ein Dank an die SPD für ihren Antrag im Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss. Nicht, dass jemand meint, dass jetzt besonderer Wert auf Transparenz gelegt würde, nein, nur das Unvermeidbare wird gemacht. Das Firmengeflecht, das man in Form von GmbHs, KGs, Co KGs und AGs rund um die Stadt aufgebaut hat, ist an Intransparenz nicht zu überbieten und entzieht sich der Kontrolle des Eigentümers völlig, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern von Regensburg.

### **Fußballstadion**

Warum braucht Regensburg ein neues Stadion? Diese Frage ist erst einmal einfach zu beantworten. Der Deutsche Fußball Bund macht Auflagen für die dritte Liga, die im Jahnstadion an der Prüfeninger Straße nur sehr schwer umsetzbar sind. Das wäre auch nicht weiter tragisch, wenn der DFB auch die Finanzierung sichern würde. Leider ist es aber nicht so, die Gelder, die aus dem milliardenschweren DFB-Topf an die Vereine der dritten Liga fließen, reichen nicht einmal um den Verein zu finanzieren, und schon gar nicht um ein Stadion mit 15.000 Plätzen zu bauen.

Weil man gemerkt hat, wie unglaublich diese Argumentation ist, hat man die Taktik geändert. Die neue Lesart heißt: Regensburg braucht ein Fußballstadion. Laut Bürgermeister Weber braucht nicht der Jahn Regensburg dieses Stadion, sondern die Stadt und die Region. Wenn das so ist, dass der Standortfaktor Stadion so wichtig ist, stellt sich die Frage, wie es Regensburg ohne diese Fußballarena wirtschaftlich so weit bringen konnte.

Es wird darauf hinaus laufen, dass der neue Fußballtempel von einer städtischen Tochter, wahrscheinlich den Stadtwerken gebaut wird. In der Presse wird Christian Schlegl mit den Worten zitiert „Diese Variante hätte viel Charme“ und weiter „der städtische Haushalt würde nicht weiter belastet“. Wenn die Stadtwerke das Stadion bauen, wird es das nötige Kapital auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müssen, was erhebliche Zinszahlungen nach sich zieht. Für den städtischen Haushalt ist es in jedem Fall belastend, denn für die, der SWR entstehenden Verluste muss die Stadt aufkommen. Entweder die Stadt mietet das Stadion von der SWR und zahlt so aus dem Haushalt jährlich einen Millionenbetrag oder die Stadt gleicht die Verluste aus. Christian Schlegls Traum vom nicht belasteten Haushalt wird nicht in Erfüllung gehen. Der Jahn Regensburg wird sich eine Stadionmiete, die kostendeckend ist, nicht leisten können, außer wir machen es wie beim Eisstadion, wo die Vereine für die Benutzung horrenden Mieten bezahlen, die sie vom Sportamt dann als Sportförderung wieder bekommen, im Haushalt 2009 schlägt der Zuschuss an die Vereine, für die Benutzung der Donauarena mit 395000,- Euro zu Buche.

Schon jetzt ist klar, dass eine Kalkulation, die davon ausgeht, dass der Jahn Regensburg Miete in relevanter Höhe bezahlen kann, unseriös ist. Die Vereine der dritten Liga hängen ausnahmslos am Tropf der öffentlichen Hand. Wie groß das jährliche Defizit ausfallen wird, ist zwar offen, aber es wird erheblich mehr sein als die Bürger, wenn sie denn ehrlich informiert werden, bereit sind auszugeben.

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Flächen des jetzigen Stadions werden nicht viel einbringen, denn den Großteil dieses Geldes werden wir für die Erschließung wieder ausgeben. Die, die dabei gut verdienen werden, sind die Investoren, die dieses Filetstück bebauen.

Solange der DFB den Vereinen der dritten Liga nur Almosen der Milliardeneinnahmen aus dem Profifußball zugesteht, werden diese Vereine nicht aus ihrer prekären Lage herauskommen. Es ist aber auch nicht die Aufgabe des Steuerzahlers und schon gar nicht der Kommunen mit ihren immer knapper werdenden Mitteln, einen hochprofitablen Profisportbereich zu subventionieren, so dass Einzelpersonen jährlich Millionen auf dem Rücken der Allgemeinheit verdienen. Fördern wir mit dem Geld lieber den Amateursport und die Bildung, wo hervorragende Arbeit, vor allem im Jugendbereich geleistet wird und jeder Euro für die Gesellschaft hoch rentabel angelegt ist.

## **FOS/BOS**

Hier werden die Probleme einer ganzen Schulart über Jahrzehnte ignoriert werden. Seit vier Jahrzehnten wird den Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern die Mehrhäusigkeit zugemutet, die Belastung mit Asbest, Schimmel, extremem Lärm an der Landshuterstr., der Lüften unmöglich macht, die viel zu kleinen Klassenzimmer dort, die ein normales Öffnen der Türen nicht zulassen und vieles mehr.

Bezüglich der hohen und zunächst gestiegenen Schülerzahlen wird argumentiert, letztes Schuljahr habe doch auch alles funktioniert mit den Faltschichten, durch die man gleichzeitig den Unterricht des Nachbarklassenzimmers noch mitbekommt. Dass etliche Schüler die unzulänglichen Bedingungen und die Beengtheit abgeschreckt haben, ist nicht weiter verwunderlich. Was die Aufnahme der Schüler anbelangt, werden von der Stadtschulbehörde bewusst falsche Informationen in die Welt gesetzt, nämlich dass der Schulleiter der FOS/BOS jederzeit Schüler abweisen könne, dann hätte man auch keine Raumnot.

Das Kultusministerium hat hier völlig unmissverständlich Stellung bezogen: Die FOS/BOS darf keine Schüler abweisen. Die Auseinandersetzung, die Sie sich, Herr Oberbürgermeister und Herr Bürgermeister Weber in diesem Zusammenhang mit Herrn Kultusminister Spänle und den Ministerialbeauftragten, Herrn Dr. Heyder geliefert haben, entbehrte nicht einer gewissen Komik, wenn Sie dem Kultusministerium erklären, wie es seine eigenen Gesetze zu verstehen habe.

Dass Sie Ihre falsche Behauptung dann häufig wiederholt haben, erinnert an George Orwells Roman „1984“. Er zeigt, wie die Lüge zur Wahrheit wird, wenn sie oft genug wiederholt wird.

In diesem Zusammenhang, Frau Meier muss ich Sie auch persönlich ansprechen. Es gibt ja durchaus einiges, was ich an Ihrer Arbeit schätze, z.B. dass Sie sich immer wieder auch mal kritisch zur Architektur in dieser Stadt geäußert haben. Als ehemalige Lehrerin, Rektorin, Oberbürgermeisterin und Landtagsabgeordnete, die auch für den Bildungsbereich zuständig war, wissen Sie beim Thema FOS/BOS im Gegensatz zu den meisten anderen Kolleginnen und Kollegen hier im Stadtrat genau Bescheid, was Sache ist. Dass Sie da ganz linientreu eine Koalitionsposition vertreten, die nachgewiesenermaßen falsch ist, und das auch noch mit einer gewissen Schärfe, ist mir unverständlich.

Da wurde in letzter Zeit auch behauptet, man dürfe kaum noch über andere Bauprojekte sprechen. Tatsache ist, dass doch bis jetzt alles andere wichtiger ist, dass ein Fußballstadion, ein Haus der Musik, höhere Priorität genießen als ein neues einhäusiges Schulgebäude für die FOS/BOS. Stattdessen begnügt man sich dabei mit kostspieligen Provisorien, die dann als Argument dafür herhalten müssen, dass man doch genug für die FOS/BOS tue.

### **Mangelhafte Informierung des Stadtrates**

Die Vorlagen, die wir erhalten, sollten eigentlich über jeden Zweifel erhaben sein. Dass sie tendenziell sind, ist unvermeidbar, denn die Verwaltung ist weisungsgebunden. Aber natürlich dürfen sie keine falschen Tatsachen enthalten. Dass dem nicht immer so ist, zeigt eine Vorlage vom Mai dieses Jahres. Es wird darin die Behauptung aufgestellt, dass der Stadtrat diesen Vorgang schon genehmigt hätte und es sich nur um die zeitliche Verlängerung handelt. Selbst auf mehrmalige Nachfrage wird man nur ausweichend oder gleich gar nicht informiert. Es wird einem unmöglich gemacht, seinem Kontrollauftrag nachzukommen. Jahrelang wird die von den Aufsichtsbehörden angemahnte Anpassung der Gesellschaftsverträge an geltendes Recht nicht umgesetzt, um den Stadtrat, der die Eigentümer vertritt, bei den Entscheidungen nicht fragen zu müssen. Man wusste natürlich, dass der nie und nimmer sein Einverständnis gegeben hätte. Bei diesem Geschäft am Donaumarkt wurde und wird mit allen Mitteln verhindert, dass eine wirkungsvolle Kontrolle stattfindet. Es ist übrigens nicht richtig, wie im Stadtrat behauptet wurde, dass der kommunale Prüfungsverband die Wirtschaftlichkeit des Kaufs der Donaumarkt Grundstücks-GmbH durch die Stadtbau GmbH geprüft hätte.

Dass die Folgen von zu wenig Kontrolle aber fatal sind, kann man z.B. beim Abwasserzweckverband Pfattertal oder bei der Bayerischen Landesbank beobachten. Die entstandenen Schäden trägt die Allgemeinheit und es wird weitergemauschelt.

Dass wir mit falschen Informationen versorgt oder dass uns entscheidungsrelevante Informationen vorenthalten werden, habe ich schon bei der FOS/BOS erwähnt. Ein anderes Beispiel ist die Vorlage zur Von-Brettreich-Str. Die Beschlussvorlage vom Sommer dieses

Jahre verschweigt wie schon die entsprechende Vorlage vom Herbst 2008 einen wesentlichen Punkt: Nach § 14 des Baugesetzbuches hätte eine Veränderungssperre 2008 nicht beschlossen werden dürfen, da dem Investor Schmack zu diesem Zeitpunkt bereits Baurecht vom Gericht zugestanden worden war. Für den neuen Investor, - Schmack hatte zwischenzeitlich das Grundstück an das Immobilienzentrum verkauft, um die Angelegenheit gerichtlich nicht weiter eskalieren zu lassen – wurde eine Ausnahmegenehmigung von der Veränderungssperre beschlossen. Als Begründung mussten fadenscheinige Argumente herhalten: Die angeblich bessere Planung des Immobilienzentrums würde dies rechtfertigen, während die frühere Planung Schmacks viele Mängel aufwies. Verschwiegen wurde, dass es auch von Schmack die verschiedensten Pläne mit unterschiedlichen Geschosshöhen und unterschiedlichen Zufahrten zur Tiefgarage gibt.

Man hat ja bisweilen schon fast den Eindruck, als ob man einem göttlichen Gnadenakt beiwohnt, wenn man Informationen bekommt. Dass man gelegentlich mit ganz profanen Methoden an diese gelangt, zeigten die Freien Wähler. Die drohten nämlich damit zu klagen, wenn die im Auftrag der Stadt erstellten Tunnelgutachten nicht herausgegeben würden, woraufhin diese für die Mitglieder des Stadtrates zugänglich wurden.

### **Demokratie im Stadtrat**

Falsche und unzureichende Informationen sind nur ein Grund, warum es mit der Demokratie im Stadtrat bisweilen nicht so weit her ist. Das zementierte Lagerdenken der Fraktionen tut sein Übriges dazu. Laut Gemeindeordnung haben Stadträte gewissenhaft abzustimmen. Auch in der Geschäftsordnung dieses Stadtrates heißt es: „Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.“ (§4) Auch wenn ein Fraktionszwang in der Bay. Gemeindeordnung nirgends auftaucht, der Konformitätszwang innerhalb der Fraktionen und Parteien ist, nicht zuletzt auch über die Listenaufstellung bei der nächsten Wahl enorm.

Bei den ohnehin schon sehr eingegengten Möglichkeiten, ein Mandat frei wahrnehmen zu können, setzt die CSU mit ihrer neuen Geschäftsordnung noch gewaltig eins drauf. Abweichende Voten und Meinungsäußerungen in diesem Sinn ohne Billigung durch die Fraktion stellen somit einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze und gegen die Ordnung der Fraktion dar und können dann bis hin zum Ausschluss aus einer Fraktion sanktioniert werden.

Das Bedürfnis nach Meinungsfreiheit scheint nicht allzu groß sein, wenn 14 von 16 CSU-Stadtratsmitgliedern dafür stimmen. Hier könnte man natürlich fragen, ob es damit zu tun hat, dass man keine Meinung hat und sich deshalb nicht um den Verlust der Meinungsfreiheit schert.

Sehr lohnenswert ist es in diesem Zusammenhang, sich mit der fundamentalen Kritik der französischen Philosophin Simone Weil auseinanderzusetzen. 1943 beschrieb sie eindringlich die totalitären Tendenzen von Parteien, die vorrangig um ihr eigenes Wachstum besorgt sind. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass unser Urteilsvermögen bei wichtigen Themen, Fragen und Probleme unserer Zeit, die häufig von einer extremen Komplexität sind, dann noch ungetrübt ist, wenn wir uns gleichzeitig mit dem Druck innerhalb einer Partei auseinandersetzen müssen. Der Konformitätsdruck verhindert eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit den Sachfragen.

Vielleicht teilt man nicht Simone Weils weitreichende Forderung, dass Parteien ganz abgeschafft werden sollten, in jedem Fall muss man zu dem Schluss kommen, dass die Macht der Parteien und ihrer Fraktionen unbedingt reduziert werden muss und dies geht nur über eine Reform des Parteiengesetzes und des Parteienfinanzierungsgesetzes.

Um es nochmals zusammenfassend zu sagen, es geht hier um ein grundlegendes Problem. Wie sollen die einzelnen Stadträte, die zum einen unzureichend oder gar falsch informiert werden und zum anderen dem imperativen Mandat ihrer Fraktionen ausgesetzt sind, noch nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden können? Zwischen der Unwissenheit der Stadträte und dem Fraktionszwang bleibt die Demokratie auf der Strecke.

Wer sich jemals ernsthaft mit der Frage der Politikverdrossenheit auseinandersetzen will, der kann sich vor diesen Fragen nicht drücken.

## **ÖPNV**

Die Stadtspitze berichtet ja nicht ohne einen gewissen Stolz, dass Regensburg wächst. Man muss sich allerdings fragen, wie viel Wachstum verträgt die Stadt, insbesondere auch an Individualverkehr? Auch mit dem Regionalnetz des Regensburger Sterns können die Probleme des enorm gewachsenen Verkehrs nicht gelöst werden.

Gerade in Regensburg, das aufgrund seiner Kessellage häufig Inversionswetterlagen hat und unter schlechter Luft leidet müssen dringend Alternativen entwickelt werden.

Externe Kosten, wie sie in der Volkswirtschaft bezeichnet werden, sind nicht aufgeführt bei den Ausgaben für den Straßenverkehr und bedeuten auch eine versteckte Subventionierung, denn für die Ausgaben im Gesundheitsbereich und die Umweltschäden muss auch die Allgemeinheit über Steuern und Abgaben aufkommen.

Eine sehr wichtige Zukunftsfrage und nachhaltige Entwicklung wird verschlafen, wenn man nicht endlich den schienengebundenen Nahverkehr in Angriff nimmt. Eine minimale Forderung wäre zumindest auf den jetzt schon bestehenden Gleisen der Bundesbahn mit einer S-Bahn westliche Stadtteile und Industriegebiete zu verbinden.

## **Stadtentwicklung**

Es ist nicht ganz einzusehen, dass die Stadt zwei teure Gutachten in Auftrag gibt, weil sich ein Investor ein 100 m hohes Hochhaus wünscht. Dass man erst ein Gebäude, das sich isoliert zu seiner Umgebung verhält, bauen und dann erst die nähere Umgebung anschließend planen will, ist prinzipiell kein sinnvoller Weg für eine Stadtplanung.

Was wir brauchen, ist eine Planung, die der Stadt ein Gesicht gibt, das wiedererkannt wird und nicht in dem globalen Brei der Investorenkuben untergeht.

Zur Einzigartigkeit Regensburgs gehörte bisher eben auch, keine so hohen Gebäude zu haben. Darüber hinaus ist der geplante Entwurf des Ostenturms bestenfalls als mittelmäßig – und das wäre noch eine durchaus wohlwollende Wertung - zu bezeichnen. Damit lässt sich nicht, wie der Investor meint, ein selbstbewusstes Symbol für die Wirtschaftsregion Regensburg setzen. Das ist ganz einfach aufgeblasene Rhetorik.

Ebenso würde eine Donauquerung im Westen mit hohen Auffahrtsrampen diese Einzigartigkeit der Regensburger Altstadt beschädigen. Dass man alles Mögliche versucht

hat, um eine Tunnellösung von vornherein als nicht durchführbar oder nicht praktikabel hinzustellen, ist dem Lagedenken der regierenden Parteien zuzuschreiben.

Nachhaltige Stadtplanung darf sich nicht nur an der Funktionalität orientieren und deshalb darf sich die Gestaltung der Donaupromenade nicht überwiegend auf das Nutzungskonzept beschränken. In einem so sensiblen Bereich muss viel mehr Aufmerksamkeit auf die ästhetische Gestaltung gelenkt werden. In dem Entwurf der Freiflächengestaltung am Donaumarkt werden Beispiele aus anderen Städten aufgeführt, nämlich der Rheinauhafen Köln und die Hafencity Hamburg. Beide zeigen ein äußerst steriles Aussehen und sind auf keinen Fall ein Vorbild für den Donaumarkt.

### **..10 Jahr des Aufbruchs**

Rückblickend lässt sich feststellen, dass es im Rahmen dieses Jahresmottos durchaus interessante Einzelveranstaltungen und sehenswerte Ausstellungen gab. Auf der Suche nach einem konkreten Anlass wurde ursprünglich mal mit der Jahreszahl 1510 Furtmeyr ein falsches Todesdatum untergejubelt. Ganz ohne Zweifel ist auch Furtmeyr auch ohne Todesdatum 1510 eine Ausstellung wert. Die Ausstellung zeigt wirklich hervorragende Exponaten, allerdings ist sie in ihrer museumsdidaktischen Aufbereitung missglückt, viele Exponate wurden ohne erkennbaren Zusammenhang ausgestellt, eine Erklärung wird weder im Museum noch in der begleitenden Broschüre geliefert.

Eine solche Theorie aber, dass das erste Jahrzehnt eines Jahrhunderts häufig Jahre des Aufbruchs gewesen wären, lässt sich nicht aufrechterhalten. Z.B.: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellt die Musik des damals wohl bedeutendsten Komponisten Gustav Mahler ein Abgesang auf die Romantik und die musikalische Darstellung eines radikalen Bruchs mit dem, was den Menschen bisher ein Ordnungsgefüge war, dar. Auch Jakob van Hoddis Gedicht von 1910 mit dem Titel „Weltuntergang“ ist nicht als Zeichen des Aufbruchs zu werten. Dieses Jahresmotto ist ein Konstrukt, das mehr dem Dezimalsystem geschuldet ist und ziemlich willkürlich verschiedene kulturelle Aktivitäten unter einen Hut zwingen sollte. Aber so schnell lässt sich dieses Motto ja nicht mehr verwenden – erst in hundert Jahren wieder.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und allen Mitarbeitern dieses Hauses für die geleistete Arbeit und sind uns durchaus der Tatsache bewusst, dass diese in dem vorhandenen Spannungsfeld nicht immer einfach ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.